

trüge. Mit Sachsen endlich weigerte man sich unmittelbar in Unterhandlung zu treten; man erklärte sich aber bereit, den Ansprüchen, die man auf Mindelheim zu haben vorgegeben hatte, und den Lehnsrechten, die man in den Herrschaften der Grafen von Schönburg besass, zu entsagen, den letzteren jedoch zu Gunsten des Kurfürsten von der Pfalz, damit dieser ein Mittel empfinde, den sächsischen Allodialforderungen zu genügen.

Es wurde nun ein Plan zur Herstellung des Friedens in Versailles entworfen und dem österreichischen Staatskanzler mitgetheilt. Man liess dem Wiener Hofe die Wahl zwischen den beiden Bezirken; dagegen sollte derselbe zur Entschädigung Sachsens eine gewisse Summe zahlen, die Oberherrlichkeit über die Gräflich-Schönburgschen Lehen aufgeben und in die Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften mit Preussen willigen. Letzteres verweigerte der Staatskanzler, ebenso wenig wollte der Wiener Hof an Sachsen eine Geldsumme zahlen, und ausserdem gedachte man Mindelheim und die Oberherrlichkeit über die Schönburgschen Lehen dem Kurfürsten Karl Theodor zu überlassen. Breteuil fügte sich in die Wünsche des Wiener Hofes und sandte den Vergleichsplan alsdann dem Könige von Preussen, welcher sich zwar entgegenkommend äusserte, jedoch auch Ausstellungen machte und ausserdem mit seinen Verbündeten reden wollte, bevor er endgiltig sich entschiede.

Friedrich musste sich jetzt ins Einvernehmen mit Zweibrücken und Sachsen setzen. Der Gesandte des Kurfürsten Friedrich August übergab ihm eine Schrift, worin die Ansprüche des letztern auf mehr als 21 Millionen berechnet waren. Die preussischen Minister glaubten, dass es unmöglich sein würde so viel zu erreichen; für das äusserste, was durchzusetzen wäre, hielten sie die beiden Herrschaften Mindelheim und Wiesensteig in Schwaben im Werthe von mehr als 2 Millionen, einige kleine Bezirke der Oberpfalz und ein paar Millionen Thaler; sie hofften auch, dass der Wiener Hof allen seinen Lehnsrechten in Sachsen, welche sehr beträchtlich und zahlreich waren, entsagen würde. Friedrich antwortete den Ministern: „Es kostet nichts, Forderungen zu machen; aber man muss sehen, was sich wird ausrichten lassen.“¹⁵⁾

¹⁵⁾ Finckenstein und Hertzberg 12. Januar 1779. Friedrich 13. Juni. (Geh. Kabinetts-Akten.)